

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe November 2024

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Kaufverträge für COVID-Impfstoffe: "... Staatsgeheimnis"**
- **Thomas Oysmüller: Impfschäden-Klage in Niederlande: Niederlage für Gates**
- **Indoktrination mit Geld von den Pharmakonzernen**
- **Krise bei VW und die Rolle von BlackRock**
- **Deutschlands militärische Rolle**
- **Ilan Pappé: Um den jahrhundertelangen Völkermord in Palästina zu stoppen, muss die Quelle aller Gewalt überwunden werden: Der Zionismus**
- **IPPNW: ... fordert Ende der Gewalt**
- **Evelyn Hecht-Galinski: Warum wird Palästina das Recht auf Widerstand verweigert? Empathie und Trauer nur für Juden?**
- **Konstantin Demeter: ... Israel begeht "einen Holocaust"**
- **DeCamp: Amerikanisches Gesundheitspersonal ... sagt, dass über 118'000 Menschen getötet worden sind**
- **Karin Leukefeld: UN-Zukunftsgipfel verabschiedet "Pakt für die Zukunft" – Wie er umgesetzt werden soll, bleibt "Geheimnis des Augenblicks"**
- **Weber: Lateinamerika: Harte Töne gegen die Weltmächte**
- **Peter Hänseler: BRICS soll in einem geopolitisch explosiven Umfeld scheitern – so der Plan der USA**
- **Seniora.org: Putin zu Journalisten aus den BRICS-Ländern**
- **Röper: Was die BRICS in ihrer Abschlusserklärung fordern**
- **J. Assange bei Parlament. Versammlung des Europarats**
- **Anwälte für Aufklärung e.V.: Deutliche Kritik an den Haftbedingungen für Reiner Füllmich**

**Ist eine Demokratie, in der man nicht sagen darf,  
dass sie keine wirkliche Demokratie ist, wirklich eine wirkliche Demokratie?**

### **Editorial**

*Diese Ausgabe beginnt mit dem Stand von **Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Covid-Impfstoffen**. Da ist einerseits das Verfahren gegen die EU-Kommission wegen fehlender Transparenz bzgl. der Identität der Verhandlungsführer für die Kaufverträge, und andererseits das Verfahren gegen Bill Gates und Mark Rutte wegen Verursachung von Impfschäden. Hier fügen wir den Beitrag an, der sich mit dem **Einfluss der Pharmakonzerne** über bestimmte Netzwerke und die WHO auseinandersetzt.*

*Dann wird die **Situation beim VW-Konzern** aufgegriffen und dabei die Rolle des Finanzverwalters BlackRock bzgl. VW dargestellt.*

*'German-Foreign-Policy' und Thomas Röper setzen sich mit der **Rolle der deutschen Bundeswehr** bei der Aufrüstung Litauens und dem in Rostock geplanten NATO-Kommandozentrum vor dem Hintergrund völkerrechtlich gültiger Vereinbarungen auseinander.*

*Bzgl. der **Situation im Nahen Osten** ist sich Ilan Pappé sicher, dass die Wurzel der Gewalt in Palästina in der Entwicklung des Zionismus begründet liegt. Diese Gewalt sei sofort zu stoppen, einerseits durch einen Waffenstillstand und andererseits dadurch, dass Israel gezwungen wird, von seiner völkermörderischen Politik abzulassen. Auch die Friedensorganisation IPPNW setzt sich für das Beenden der gegenwärtigen Gewaltspirale und eine Waffenruhe ein. Evelyn Hecht-Galinski sieht Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit verpflichtet, sich gegenüber Israel endlich **gegen Krieg, gegen die Besatzung und gegen die Entmenschlichung** einzusetzen. Konstantin Demeter berichtet über den Widerstand von jüdischen Menschen in den USA gegen den Völkermord, der von Israel begangen wird. Dave DeCamp weist auf einen **Offenen Brief** von Mitarbeitern des US-Gesundheitswesens hin, worin sie angesichts der über 100'000 Todesopfer im Gazastreifen das Ende der militärischen Unterstützung Israels durch die USA fordern.*

*Im Gespräch mit Karin Leukefeld kritisiert Hans von Sponeck den in der UN-Generalversammlung vorgestellten **"Pakt der Zukunft"** und die zugehörige Paktresolution als unkonkret und fordert eine Reform der UNO ein. Hans Weber weist auf die scharfe Kritik von Regierungen aus Lateinamerika an der **Ineffizienz der UNO** bzgl. akuter globaler Problem hin.*

....

## Editorial ...

*Peter Hänsele bewertet das geopolitische Umfeld, vor dem der **BRICS-Gipfel** in Kazan stattgefunden hat. Er kommt zu dem Schluss, dass sich die USA im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Entwicklung neu orientieren sollten, weg von Krieg und Sanktionen und hin zur Mitgestaltung einer multipolaren Welt. Die Vielfältigkeit der auf dem Gipfel angegangenen Themen macht der russische Präsident bei seinem Treffen mit internationalen Medienvertretern klar. Thomas Röper legt dar, dass der BRICS-Gipfel im Kern eine demokratische Weltordnung mit gleichen Rechten für alle Staaten und eine Stärkung des Multilateralismus forderte.*

*Julian Assange hat von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats die Möglichkeit bekommen, sich zum Verhalten der US-Regierung gegenüber seiner Person zu äußern. Laut der Versammlung erfüllt die Behandlung seiner Person durch die Regierungen der USA und Großbritanniens Kriterien eines politischen Gefangenen. Auch die Bedingungen der Untersuchungshaft von **Reiner Füllmich** sind laut der 'Anwälte für Aufklärung' rechtsstaatlich durch nichts zu rechtfertigen.*

[Inhalt ↑](#)

### ● Arnaud Durand: **Kaufverträge für COVID-Impfstoffe: "Wir haben es mit einem Staatsgeheimnis zu tun"**

In einem Urteil vom 17.07.2024 verurteilte das Gericht der EU die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen wegen [mangelnder Transparenz bei Verträgen für den Kauf von Impfstoffen gegen COVID-19](#). Die Kommission wurde angewiesen, sowohl die geschwärzten Entschädigungsklauseln für die Hersteller als auch die Namen der Mitglieder des Verhandlungsteams offenzulegen, damit Interessenskonflikte überprüft werden können. Die Kläger (5 EU-Parlamentsmitglieder & 2 französische Anwälte) hatten in ihrem "ersten Antrag klar zum Ausdruck gebracht, dass unser Ziel die demokratische Kontrolle des Handelns der Institutionen auf der Grundlage des Grundprinzips der Transparenz im Unionsrecht ist". Obwohl das EU-Gericht in seinem Urteil bestätigte, dass die Kläger "das konkrete öffentliche Interesse der Offenlegung personenbezogener Daten ordnungsgemäß nachgewiesen" haben, argumentiert die Kommission in ihrer Anfechtung beim EuGH laut dem Anwalt Armand Durand, "die Richter hätten einen Rechtsfehler begangen, als sie die Notwendigkeit der Transparenz hinsichtlich der Namen der Verhandlungsführer bei den Kaufverträgen für die fraglichen COVID-19-Impfstoffe festgestellt hatten. Die Kommission argumentiert weiter, dass die demokratische Kontrolle der Identität der Verhandlungsführer nicht im öffentlichen Interesse liege." Durand: "Die Kommission hat offensichtlich vergessen, dass das Grundprinzip der Transparenz im Unionsrecht für die Bürger gedacht ist und nicht für die Behörden, die aufgrund ihrer Ermittlungsbefugnis den Grundsatz der Transparenz für Ermittlungen offensichtlich nicht benötigen."

Für Durand gilt: "Sollte Ursula von der Leyen tatsächlich an den Verhandlungen beteiligt gewesen sein, würde dies ernsthafte Bedenken hinsichtlich eines Interessenkonflikts aufwerfen. Wie wir bereits erwähnt haben, geht aus ihrer Interessenerklärung von 2024 hervor, dass sie 14'168 Optionen zum Kauf von Aktien von Orgenesis erworben hat, einem von ihrem Ehemann geführten Unternehmen, das sich auf mRNA im Zusammenhang mit COVID-19 spezialisiert hat."

(*Orgenesis ist ein Biotech-Unternehmen; Red.*). Der Anwalt ist sich sicher: “Es wird der Kommission nicht gelingen, dieses Thema durch fortschreitende Undurchsichtigkeit zu ersticken.“ Die Kläger werden vor dem 29.10.2024 die Unangemessenheit der Argumentation der EU-Kommission verdeutlichen. – Durand weist im Interview auch auf die Abhängigkeit der EU- Staatsanwaltschaft hin: So müsse die Staatsanwaltschaft über ihre Tätigkeit gegenüber der EU-Kommission Bericht erstatten, würden ihre Mitglieder von der Kommission vorgeschlagen, können ihre Mitglieder sowie ihr Leiter auf Antrag der Kommission entlassen werden, werde ihr Haushalt unter der Kontrolle der Kommission erstellt und werden zudem ihre Rechnungen von der Kommission geprüft.

[Inhalt ↑](#)

#### ● **Thomas Oysmüller:** Impfschäden-Klage in Niederlande: Niederlage für Gates

Eine niederländische Gruppe Bürgerrechtler hat den einflussreichen Milliardär Bill Gates, die Gates-Stiftung und den damaligen niederländischen Premierminister Mark Rutte [verklagt und beschuldigt, durch Covid-Impfstoffe Impfschäden verursacht zu haben](#). Gates erhob unverzüglich Einspruch mit der Begründung, dass der Richter und das Gericht nicht zuständig seien. Doch die für den Fall zuständige Justiz in der Stadt Leeuwarden entschied anders, und verurteilte Gates zur Übernahme der Anwaltskosten der Kläger (1'228 Euro) und der zusätzlichen Gerichtskosten (178 Euro). Die Kläger argumentieren, dass Gates durch seine Beteiligung an der ‘Bill & Melinda Gates Foundation’ und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) an einer weitreichenden Agenda beteiligt war, die als “The Great Reset Project“ bezeichnet wird und die darauf abzielte, die globale Krise auszunutzen, um unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung weitreichende gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Der Klage zufolge beinhaltete diese Agenda die Förderung von Impfstoffen, die bekanntermaßen unsicher waren und auch bei den sieben Klägern zu Gesundheitsproblemen führten. Gates muss sich nun am 27.11.2024 vor einem niederländischen Gericht zu den Vorwürfen äußern.

*[Thomas Oysmüller](#), Jg. 1990, studierte Philosophie und Sozialwissenschaften, ist freier Journalist und arbeitete früher beim deutschen Online-Radio detektor.fm, einige Jahre bei zackzack.at sowie für kleinere Zeitungen. (Red.)*

[Inhalt ↑](#)

#### ● **Indoktrination mit Geld von den Pharmakonzernen**

Auf dem von Pharmabranche und Bundesregierung jüngst in Berlin ausgerichteten Weltgesundheitsgipfel haben sich laut Norbert Häring 25 deutsche und europäische medizinische Hochschulen zu einem [‘Europäischen Netzwerk für Klima und Gesundheitsausbildung’](#) (ENCHE) zusammengeschlossen, das von der Universität Glasgow aus geleitet wird und mit einem ‘Global Consortium on Climate and Health Education’ (GCCHE) zusammenarbeitet. Laut der internationalen Presseerklärung werde das Netzwerk von globalen Pharma- und Gesundheitsunternehmen unterstützt, “die sich für eine schnellere Dekarbonisierung der Gesundheitssysteme einsetzen“. Das Netzwerk hält den Klimawandel (unter Einschluss der Luftverschmutzung) für “die größte Gesundheitskrise dieser Zeit“. Häring stellt klar, dass das ENCHE ein “regionaler Stützpunkt“ des intransparenten GCCHE mit Sitz in Washington und New York ist. Das globale Netzwerk habe einem Faktenblatt zufolge 350 Mitgliedsfakultäten mit 200'000 Studenten und 5'000 Einzelmitglieder in 60 Ländern. Die GCCHE sei 2015 von der US-Regierung “und Partnern“ zusammen mit der Columbia Universität konzipiert und 2017 unter Beteiligung der WHO aufs Gleis gesetzt worden. Häring schlussfolgert daraus, dass “neben den Medien, den staatlichen Wetterdiensten und den Verhaltenswissenschaften [...] von den öffentlich-privaten Klima- und Gesundheitspartnerschaften auch die medizinischen Hochschulen

systematisch für die Unterfütterung eines Klima-Gesundheits-Narrativs eingespannt“ werden, von dem die Pharmafirmen am meisten profitieren.

*Zum Kontext von WHO und Pharmaindustrie verweist die Redaktion des Bürgerbriefs (Red.) auf ein lesenswertes Interview, in dem der ehemalige Leitende Staatsanwalt im Kanton Zürich, Jürg Vollenweider, darlegt, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO für eine freiheitliche Demokratie inakzeptabel sind. Zudem seien die IGV auf gesetzwidrige Art und Weise zustande gekommen und hätten viel [schärfere Auswirkungen auf die Souveränität der Staaten](#), als dies z.B. von der Schweizer Regierung gesehen werde. Vollenweider weist auch darauf hin, dass eine Unterordnung unter das Diktat der WHO auch bedeutet, sich unter das Diktat von Stiftungen, NGOs und der Pharmaindustrie zu stellen.*

*[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)*

*[Zeitgeschehen im Fokus](#) plädiert für die Rechtsstaatlichkeit und die direkte Demokratie der Schweiz, die Gleichwertigkeit der Menschen und die Unbedingtheit einer friedlichen Konfliktlösung, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● **Krise bei VW und die Rolle von BlackRock**

Die VW-Tochter Audi kündigte am 28.10.2024 die Schließung ihres Werks in Belgien, das Elektro-SUVs herstellt, mit 3'000 Mitarbeitern an. Die Zukunft des VW-Werks in Zwickau, ebenfalls auf die Produktion von E-Autos ausgerichtet, könnte ebenfalls geschlossen werden. Das Werk in Emden, ebenfalls mit Schwerpunkt auf e-Mobilität, sieht der Schließung entgegen. Für diejenigen, [die nach der großen Entlassungswelle](#) ihren Arbeitsplatz behalten, fordert die Geschäftsführung die Annahme einer 10-prozentigen Lohnkürzung. Von der VW-Krise sind auch Tausende von mittleren und kleinen Zulieferern mit mindestens 250'000 Arbeitsplätzen betroffen sowie die stahlerzeugende Industrie mit 20'000 Arbeitsplätzen, deren größter Kunde VW ist. Ebenso wird die chemische Industrie in Mitleidenschaft gezogen.

Gegen die verbreiteten Überlegungen des VW-Vorstands hatten Betriebsrat und Gewerkschaft “erbitterten Widerstand“ angekündigt. Die Vorstellungen seien noch “meilenweit auseinander“. Die vom Konzern beabsichtigten Kostenziele sind [für die IG Metall “kein gangbarer Weg“](#). Angesichts des “dreisten Griffs in die Portemonnaies der Beschäftigten“ müsse sich VW zunächst die Frage beantworten, “wie eigentlich die Einsparpotentiale bei Vorständen, Topmanagement und Aktionären aussehen“.

Aus der Sicht von Ernst Wolff und Dominik Kettner (Video-Podcast, 11m36) ist [der Absturz von VW gewollt](#) und zwar von BlackRock, dessen Hauptanteilsinhaber wiederum Vanguard ist. Wolff erinnert daran, dass der Prozess wegen des Abgasskandals von BlackRock & Co geführt wurde und den VW-Konzern bis heute 32 Mrd. Euro gekostet hat. Er erinnert auch daran, dass mit Elga Bartsch eine BlackRock-Frau als Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sitzt.

Der Vermögensverwalter [BlackRock ist an allen systemrelevanten Banken und 17'000 Unternehmen beteiligt](#) (Video-Podcast, 1m37). BlackRock berät Regierungen und Zentralbanken. Dahinter steckt laut Ernst Wolff ‘Aladin’, ein KI-gestütztes Datenverarbeitungssystem zur Erkennung von Chancen und Risiken. Die Marktmacht von Aladin (21'000 Mrd. Dollar) beträgt nach Wolff ein Vielfaches von BlackRock (10'000 Mrd. Dollar). In Zukunft sollen dazu aber keine Zahlen mehr veröffentlicht werden.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[David Maiwald](#) hat im Redaktionsteam der Tageszeitung 'jungeWelt' die Leitung des Ressorts Wirtschaftspolitik. (Red.)

[Ernst Wolff](#), Jg. 1950, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA Philosophie und Geschichte. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Beschäftigt sich seit vier Jahrzehnten mit der Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

### ● **Deutschlands militärische Rolle**

Am 03.10.2024 hat der Seimas, das litauische Parlament, ein Abkommen zwischen Berlin und Vilnius über die [dauerhafte Stationierung mehrerer Tausend deutscher Soldaten in Litauen ratifiziert](#). Bereits Mitte September hatten die Verteidigungsminister beider Länder das Abkommen unterzeichnet und damit den rechtlichen Rahmen für die sogenannte Litauen-Brigade der Bundeswehr vorbereitet. Das weitere Anwachsen der Truppe hängt im Wesentlichen an zwei Faktoren: an der Rekrutierung der deutschen Soldaten und an der Fertigstellung der notwendigen Infrastruktur in Litauen – inklusive eines 170 Hektar großen Truppenübungsplatzes in Rūdninkai. Das Verteidigungsministerium in Vilnius berichtet von umfassenden Militarisierungszielen für die litauischen Streitkräfte: einer neuen Panzerdivision, noch weiter erhöhte Militärausgaben, beschleunigter Aufrüstung und dem "Konzept der Totalen Verteidigung". Deutsche Rüstungskonzerne können in diesem Zusammenhang ihre Aktivitäten in Litauen ausbauen. Machtpolitisch ist die Stationierung der Litauen-Brigade für Deutschland ein Erfolg. Berlin festigt damit seinen Anspruch, im Baltikum eine militärische Führungsrolle zu übernehmen.

[Rostock soll Sitz eines neuen NATO-Kommandoentrums](#) für die Ostsee mit dem Namen 'Command Task Force Baltic' werden. Dieses neue NATO-Hauptquartier soll an das Einsatz- und Führungszentrum der deutschen Marine angegliedert werden und künftig alle Einsätze in und über der Ostsee steuern, zitiert Thomas Röper die Ostsee-Zeitung. Dafür sollen "Soldaten aus allen Anrainerstaaten an die Warnow versetzt" werden. "Zudem soll auf dem Gelände [von Werften in Warnemünde] ebenfalls ein Stützpunkt für die NATO entstehen – eine Logistikkbasis für das Bündnis. Vom sogenannten 'Deployment Hub' sollen Soldaten und Vorräte, Munition und Kampffahrzeuge jederzeit und schnell verlegt werden können – insbesondere ins Baltikum und nach Skandinavien." Der am 14.10.2024 erschienenen Meldung wurde seitens des Bundesverteidigungsministeriums nicht widersprochen. Zu dem Vorgang verweist Thomas Röper auf Art. 5 des Zwei-Plus-Vier-Vertrags, wonach auf dem Gebiet der ehemaligen DDR niemals ausländische Streitkräfte stationiert werden dürfen, sondern nur Kräfte der Bundeswehr. Vor dem Hintergrund von Meldungen aus skandinavischen und baltischen Ländern, die NATO solle Russland, das mit St. Petersburg und Kaliningrad immerhin zwei große Städte an der Ostsee hat, den Zugang zur Ostsee verwehren, ist für Röper klar, dass Russland die Einrichtung des NATO-Stützpunktes in Rostock als feindlichen Schritt empfinden dürfte. Das dürfte Stimmen Auftrieb geben, die die russische Anerkennung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages zurückziehen wollen. Da dies kaum absehbare Reaktionen bei anderen Staaten haben könne, spiele die Bundesregierung "mit einem langfristig gefährlichen Feuer". Röper erinnert daran, dass Deutschland mit der Beteiligung am Jugoslawienkrieg und mit der Nicht-Umsetzung des Minsker Abkommens nicht nur gegen die UN-Charta, sondern auch gegen den Zwei-Plus-Vier-Vertrag verstoßen habe.

GFP, German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

### ● Ilan Pappé: **Um den jahrhundertelangen Völkermord in Palästina zu stoppen, muss die Quelle aller Gewalt überwunden werden: Der Zionismus**

Seit der Nakba von 1948 und wohl auch davor hat Palästina kein so hohes Maß an Gewalt erlebt wie seit dem 7. Oktober 2023. Es handelt sich laut Ilan Pappé "nicht nur um einen Konflikt zwischen zwei gewalttätigen Parteien und auch nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen einer terroristischen Organisation und einem Staat, der sich selbst verteidigt. Vielmehr stellt er ein Kapitel in der laufenden Entkolonisierung des historischen Palästina dar, die 1929 begann und bis heute andauert. [...] Die Einordnung des Konflikts als Kampf zwischen den Kolonisatoren und den Kolonisierten hilft, den Ursprung der Gewalt zu erkennen, und zeigt, dass es keinen wirksamen Weg gibt, sie zu stoppen, ohne sich mit ihren Ursprüngen zu befassen. Die Wurzel der Gewalt in Palästina ist die Entwicklung des Zionismus im späten 19. Jahrhundert zu einem kolonialen Siedlerprojekt. Wie bei früheren kolonialen Siedlerprojekten war und ist der wichtigste gewalttätige Impuls der Bewegung – und später des Staates, der gegründet wurde – die Eliminierung der einheimischen Bevölkerung. Wenn die Eliminierung nicht durch Gewalt erreicht wird, besteht die Lösung immer darin, noch mehr außerordentliche Gewalt anzuwenden. Daher ist das einzige Szenario, in dem ein koloniales Siedlerprojekt seine gewaltsame Behandlung der indigenen Bevölkerung beenden kann, sein Ende oder sein Zusammenbruch."

Pappé zeigt die Stationen der Gewalt in der Kolonisierung Palästinas auf. Er sieht "die unter ländlichen Bedingungen lebende Bevölkerung Palästinas nach 120 Jahren Kolonialisierung [dazu gezwungen], neben gewaltfreien Methoden auch den bewaffneten Kampf aufzunehmen". Für Pappé gilt: "Jeder Versuch, Israels Völkermord in Gaza zu stoppen, muss auf zwei Arten erfolgen. Erstens muss sofort gehandelt werden, um die Gewalt durch einen Waffenstillstand und idealerweise durch internationale Sanktionen gegen Israel zu beenden. Zweitens ist es von entscheidender Bedeutung, die nächste Phase des Völkermords zu verhindern, die sich gegen die Westbank richten könnte. Dazu muss die weltweite Solidaritätsbewegung ihre Kampagne fortsetzen und intensivieren, um Druck auf Regierungen und politische Entscheidungsträger auszuüben, damit diese Israel zwingen, seine völkermörderische Politik zu beenden. [...] Gewalt als permanenter und massiver Aspekt des Lebens kann nur beseitigt werden, wenn ihre Quelle beseitigt wird. Im Falle Palästinas ist dies die Ideologie und Praxis des israelischen Siedlerstaates, nicht der existenzielle Kampf des kolonisierten palästinensischen Volkes."

Ilan Pappé, Jg. 1954 in Haifa als Sohn deutscher Juden, die aus Deutschland geflüchtet waren, studierte in Jerusalem und promovierte in Oxford. Er ist einer der Protagonisten der "Neuen israelischen Historiker", die für eine Revision der offiziellen Geschichtsschreibung des Zionismus und des Staates Israel und für einen kritischen Ausgleich mit den Palästinensern plädieren. Er war Leiter des Friedensforschungsinstitut Givat Haviva, lehrte bis 2007 politische Wissenschaften an der Universität Haifa und ist derzeit Professor für Geschichte an der Universität Exeter. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **IPPNW: Friedensnobelpreisträgerorganisation fordert Ende der Gewalt: Iranische Angriffe auf Israel, israelische Angriffe auf den Libanon**

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW verurteilt die Militärschläge aller Konfliktparteien im Nahen Osten scharf. Sie fordert die Bundesregierung auf, ihre diplomatischen Kanäle gegenüber Israel, dem Iran und der Hisbollah zu nutzen, um [die brandgefährliche Gewaltspirale zu stoppen und sich für eine Waffenruhe einzusetzen](#). Die Bundesregierung solle zudem gegenüber Israel deutlich machen, dass die Tötung des politischen pro-iranischen Führers Hassan Nasrallah und seiner Offiziere unter bewusster Inkaufnahme der Tötung zahlreicher Zivilisten gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt. Ebenso müsse die Bundesregierung darauf hinwirken, dass der UN-Generalsekretär António Guterres weiterhin nach Israel reisen darf und der Einreise-Stopp mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird. IPPNW begrüßt die Ankündigung des jordanischen Außenministers Ayman Safadi am Rande der UN-Generalversammlung, 57 arabische und muslimische Länder seien bereit, die Sicherheit von Israel zu garantieren, wenn Israel die Besatzung beendet und die Entstehung eines palästinensischen Staates zulässt. IPPNW appelliert vor dem Hintergrund der andauernden Krise im Nahen Osten an die Gruppe der sechs am Atomabkommen mit dem Iran beteiligten Staaten (China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA), alle Seiten zur Deeskalation zu mahnen, auf weitere Angriffe zu verzichten und die Verhandlungen über eine Wiederbelebung des Iran-Atomabkommens mittelfristig wieder voranzutreiben.

*Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Evelyn Hecht-Galinski: Warum wird Palästina das Recht auf Widerstand verweigert? Empathie und Trauer nur für Juden?**

Für Evelyn Hecht-Galinski ist es “erschütternd zu erleben, wie Deutschland am Leid der Palästinenser vorbei gedenkt. [Ein Jahr deutscher Komplizenschaft und anhaltender medialer Einseitigkeit](#) zeigte seinen Höhepunkt in dem einseitigen Gedenken Deutschlands. Als der Bundestag am 10. Oktober 2024 der ‘Opfer des Hamas-Angriffs’ gedachte, war es eine traurige und einseitige Veranstaltung, die sich dem Bürger bot. Einseitig wurde die israelische Seite als Opfer dargestellt, weder die Vorgeschichte, die zum 7. Oktober führte, noch die völkerrechtswidrige Besatzung, noch die illegale Besiedlung und Vertreibung der Palästinenser waren ein Thema. Aber als Bundeskanzler Scholz auch noch aufstand, um [...] eifertig zu versichern: ‘Waffen werden und wurden weiter geliefert’, da hatte sich Deutschland endgültig auf die falsche Seite der Geschichte gestellt und klar gemacht, dass es nicht gewillt ist, das heuchlerische ‘nie wieder’ ernst zu nehmen, sondern sich weiter mitschuldig zu machen.“

Nach Hecht-Galinski wird einfach über das durch die Zionisten verursachte Trauma der Palästinenser hinweggegangen, d.h. die Vorgeschichte zum 7. Oktober wird einfach ausgeblendet. Sie zitiert die israelische Schriftstellerin Lizzie Doron: “Ich würde mir wünschen, dass die deutsche Regierung kritischer mit dem Vorgehen der israelischen Regierung ins Gericht geht. Ich denke, Deutschland ist eben aufgrund der Vergangenheit moralischen Werten verpflichtet und nicht der israelischen Regierung. Es sollte sich gegen Krieg einsetzen, gegen die Besatzung, gegen die Entmenschlichung, es sollte sich dafür einsetzen, dass alle Menschen die gleichen Werte genießen. Dass Deutschland Israel auf alle Ewigkeit in die Opferrolle steckt, ist falsch. Die Schuldgefühle für die Vergangenheit sollten nicht das heutige Handeln bestimmen. Aus ihnen sollte eine Verantwortung erwachsen. Ich würde mir wünschen, dass die deutsche Regierung für die liberalen Israelis spricht, die heute völlig isoliert sind.“ Für Hecht-Galinski ist Israel “zu einem völlig von USA-

Gnaden abhängender Völkermord- und Apartheidstaat“ verkommen. Das Recht auf Widerstand gelte auch für Palästinenser, nicht nur für das Warschauer Ghetto oder in der ehemaligen DDR.

[Evelyn Hecht-Galinski, Jg. 1949](#), Tochter des ehemaligen Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, ist Publizistin und Autorin. 2012 kam ihr Buch *“Das elfte Gebot: Israel darf alles“* heraus. Am 28.09.2014 wurde sie von der NRhZ mit dem vierten *“Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik“* ausgezeichnet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Konstantin Demeter: **Jüdische Organisation: Israel begeht “einen Holocaust“**

‘Jewish Voice for Peace’ (Jüdische Stimme für den Frieden, JVP), eine antizionistische jüdische Organisation in den USA, hat am 24.10.2024 eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, dass Israel im Gazastreifen einen “Holocaust“ begeht, “die vorsätzliche Massenvernichtung des palästinensischen Volkes, mit Waffen, die von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt werden“. Die Erklärung der JVP kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die israelischen Streitkräfte [eine wochenlange Belagerung von Teilen des nördlichen Gazastreifens begonnen](#) haben. Palästinensischen Journalisten zufolge haben die israelischen Streitkräfte die Hälfte des Viertels Jabalia in Gaza-Stadt “ethnisch gesäubert“. Augenzeugen berichteten ‘Middle East Eye’, dass israelische Truppen in Jabalia und den umliegenden Gebieten von Schule zu Schule gehen, um unbewaffnete, ausgehungerte und belagerte palästinensische Zivilisten gewaltsam zu vertreiben. Die Gebäude, darunter UN-Schulen und -Häuser, würden anschließend von israelischen Soldaten entweder zerstört oder verbrannt, um die Menschen an einer Rückkehr zu hindern.

Vor einigen Tagen protestierten orthodoxe Juden in New York gegen das Massaker der israelischen Armee im Gazastreifen. Auf einem Plakat ist zu lesen: [“Anti-Zionismus ist KEIN Antisemitismus“](#). Sogar Rabbiner brachten dabei ihr Mitgefühl für das Leid des palästinensischen Volkes zum Ausdruck. Gegenüber einer Gruppe von zionistischen Gegendemonstranten machte einer von ihnen klar: “Ihr begeht einen Völkermord. Ihr führt gerade einen Holocaust durch. Ihr ermordet Tausende von Palästinensern. Ihr ermordet Tausende von Männern und Frauen. Ihr seid keine Juden. Ihr wollt die Juden töten, die die Tora erschaffen haben. Ihr hasst die Tora.“

[Konstantin Demeter](#) ist Journalist und Fotograf. Nebst Transition News hat er unter anderem im Rubikon und im ‘OffGuardian’ veröffentlicht. Er war auch lange im Kulturbereich als Organisator tätig und hat in fernen Ländern gelebt. (Red.)

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform ‘Transition Media’, die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Dave DeCamp: **Amerikanisches Gesundheitspersonal, das freiwillig im Gazastreifen gearbeitet hat, sagt, dass über 118’000 Menschen getötet worden sind**

99 Mitarbeiter des US-Gesundheitswesens, die im vergangenen Jahr als Freiwillige im Gazastreifen tätig waren, haben am 17.10.2024 einen Offenen Brief an Präsident Biden und Vizepräsidentin Harris veröffentlicht, in dem sie die Schrecken schildern, die sie erlebt haben, und [ein Ende der militärischen Unterstützung Israels durch die USA fordern](#). Die Mitarbeiter des Gesundheitswesens erklärten, sie seien der Meinung, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer im Gazastreifen mit 118’908 viel höher sei als die vom Gesundheitsministerium des Gazastreifens angegebene Zahl von 41’788. Die Zahlen des Ministeriums zählen nur die Leichen, die in die Krankenhäuser und Leichenhallen gebracht werden, und berücksichtigen nicht die Vermissten und

die mutmaßlichen Toten unter den Trümmern. Laut dem US-Gesundheitspersonal ist fast jeder in Gaza entweder krank, verletzt oder beides. In den Notaufnahmen seien Kinder zu sehen, den in den Kopf geschossen wurde, jeden Tag würden in den Krankenhäusern Kinder sterben, palästinensisches Gesundheitspersonal werde von israelischen Streitkräften ins Visier genommen und gefangen genommen. "In der Gefangenschaft wurden sie kaum ernährt, ständig physisch und psychisch misshandelt und schließlich nackt am Straßenrand ausgesetzt." Das US-Gesundheitspersonal betont in ihrem Brief: "Keiner von uns hat in einem der Krankenhäuser oder anderen Gesundheitseinrichtungen in Gaza irgendeine Art von militanter palästinensischer Aktivität gesehen." Der Brief schließt mit einem Appell an Biden und Harris, die US-Unterstützung für den Völkermord zu beenden.

*[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei [Antiwar.com](#) und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **UN-Zukunftsgipfel verabschiedet "Pakt für die Zukunft" – Wie er umgesetzt werden soll, bleibt "Geheimnis des Augenblicks"**

Der langjährige UN-Diplomat und ehemalige beigeordnete UN-Generalsekretär Hans von Sponeck nimmt im Gespräch mit Karin Leukefeld Stellung zu dem von der UN-Generalversammlung präsentierten "Pakt der Zukunft" und zu der am 22.09.2024 verabschiedeten Paktresolution (A/79/L.2). Mit der darin enthaltenen Aktionsliste [liegt der Welt laut Sponeck "eine beeindruckende Wunschliste" vor](#). Aber es bleibe offen, wie all die Aktionsvorschläge umgesetzt werden sollen. "Besonders die Frage, wie die Reformen der UNO-Strukturen, also des Sicherheitsrates und der Generalversammlung, umgesetzt werden sollen, bleibt Geheimnis des Augenblicks." Auch Bundeskanzler Olaf Scholz, "Vertreter des Landes, das zusammen mit Namibia die Federführung für die Vorbereitung des Gipfels innehatte", hat in seiner Rede vor der Generalversammlung nichts konkretisiert.

Sponeck ist verwundert, dass zur Ausarbeitung des Pakts keine erfahrenen, lange in der UNO tätigen Menschen hinzugezogen wurden. So verweist er auf das Buch "Liberating the United Nations" (Die Vereinten Nationen befreien), das er zusammen mit Richard Falk, dem langjährigen UN-Sonderberichterstatter für Palästina, zur Reform der UNO verfasst hat. Darin werden für den dringend notwendigen Reformprozess Schwerpunkte wie mehr Entscheidungsautorität für die UN-Generalversammlung, die Einhaltung der Verpflichtungen aus der UN-Charta und die Anpassung der Finanzierung der Arbeit der UNO an die Aufgaben. Zu der im Buch geforderten Befreiung der UNO gehöre auch, dass in der nun begonnenen Reformdiskussion der Beitrag der Autoren beachtet – "und zwar im Verständnis, dass wir unsere sorgfältigen Recherchen in Bezug zu unseren eigenen UNO-Erfahrungen setzen".

*[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Hans Weber: **Progressives Lateinamerika bei UN-Generalversammlung: Harte Töne gegen die Weltmächte**

Die progressiven Regierungen aus Lateinamerika haben auf der 79. UN-Generalversammlung [die Ineffektivität der UNO](#) angesichts akuter globaler Probleme wie der Klimakrise, den Aufstieg des Rechtstextremismus und des "Völkermords" in Gaza scharf kritisiert. Verantwortlich dafür sind ihrer Ansicht nach die Regierungen der mächtigen Länder sowie die Finanz- und Kriegsmächte der

Welt. Zu den Vorschlägen der Progressiven für eine Demokratisierung der Zusammenarbeit in der internationalen Gemeinschaft gehören eine strukturelle Veränderung der UNO, insbesondere des Sicherheitsrates, eine stärkere Besteuerung der Superreichen und eine Umstrukturierung der multilateralen Finanzbanken mit einer stärkeren Vertretung des globalen Südens.

[Inhalt](#) ↑

- Peter Hänseler: **BRICS soll in einem geopolitisch explosiven Umfeld scheitern – so der Plan der USA**

Den diesjährigen BRICS-Gipfel zwischen dem 22. und 24. Oktober 2024 in Kazan nimmt Peter Hänseler zum Anlass, das geopolitische Umfeld mit aller gebotenen Vorsicht zu beleuchten. Die folgenden Parameter hält Hänseler als maßgeblich für die mittelfristige geopolitische Entwicklung: Der Krieg im Nahen Osten; der Krieg in der Ukraine; die Zinsentwicklung bzw. Verhalten der FED bis Ende dieses Jahres als Gradmesser der Instabilität der westlichen Finanzmärkte mit den daraus zwingenden Einflüssen auf die Weltwirtschaft und die Präsidentschaftswahlen in den USA.

2009, als der erste formelle BRICS-Gipfel im Juni 2009 in Jekaterinburg stattfand, damals noch ohne Südafrika – somit “BRIC»“ statt “BRICS“ – war die Welt eine andere. Die damaligen [Ziele von BRICS galten einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ländern](#), welche vom Westen noch nicht offen als Feinde bezeichnet oder gar sanktioniert wurden. Ab 2014 nahm der Druck auf Russland in der Folge von Maidan und Krim zu. Als die Situation im Februar 2022 eskalierte, hatte Russland wirtschaftlich wohl seine Hausaufgaben gemacht und konnte sich der Loyalität seiner Partner in BRICS und SCO sicher sein. Der vom Westen losgetretene Wirtschaftskrieg überstand Russland, trotz eines Sanktionssturms, der in der Weltgeschichte einmalig ist. Auch China, die Sanktionen betreffend lediglich einige Eskalationsstufen hinter Russland stehend, wurde wegen seiner industriellen Übermacht ebenfalls zum Ziel des Westens. Hänseler statuiert, dass der Wirtschaftskrieg als der entscheidende Teil des 3. Weltkrieges bereits in vollem Gange ist.

Wer im Ukraine-Krieg militärisch obsiegt, ist seit September 2023 offensichtlich. Das Vorrücken der russischen Truppen auf der gesamten Front beschleunigt sich. Die Verluste bei der ukrainischen Armee werden immer katastrophaler. Es steht der NATO lediglich noch offen, durch Einsatz von Langstreckenwaffen gegen Russland den Krieg auf die gesamte NATO auszuweiten. Noch menschenverachtender geht es im Nahen Osten zu und her. Die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 nahm Premier Netanjahu zum Anlass, gegen die Bevölkerung von Gaza mit großer Brutalität vorzugehen. Der Internationale Gerichtshof stellte im Januar 2024 unmissverständlich fest, dass dies Genozid sei. Im Westen scheint sich kaum eine Regierung daran zu stören, dass Völkermord als Kriegstaktik wieder salonfähig wird.

Dann kommt Hänseler auf die USA zu sprechen, die mit aller Kraft versuchen, ihre Hegemonie zu erhalten. Allerdings sind die Probleme der USA ist vielschichtig. Erstens, das höchstverschuldete Land der Erde liegt wirtschaftlich am Boden: Die publizierten Wirtschaftszahlen sind geschönt. Zweitens, die Gesellschaft in den USA ist gespalten wie noch nie. Drittens, die nach dem Untergang der Sowjetunion implementierte Strategie der Zerstörung bzw. Zerstückelung Russlands ist mit konventionellen Mitteln in weite Ferne gerückt; der Krieg gegen Russland in der Ukraine ist gescheitert. Viertens, in den letzten 45 Jahren haben die USA ihren vormals großen Einfluss im Nahen Osten weitgehend verloren. Die letzte Bastion ist Israel, welches durch Netanjahu unter kundiger Führung der USA ins Verderben geleitet wird. Fünftens, das größte Problem für die USA stellt laut Hänseler der Aufstieg von BRICS dar, da die USA ohne die US-Dollar-Vorherrschaft nicht bestehen kann. Diese gehe aber mit dem Aufstieg von BRICS unter.

Ob die USA ihre Hegemonie aufrechterhalten können, hängt letztendlich nicht von militärischen Erfolgen ab, sondern von der wirtschaftlichen Stärke. Jeder Hegemon, der seinen Status je einbüßte, verlor diesen, weil er pleiteging. Damit dies den USA nicht passiert, soll mit allen Mitteln

einschließlich Krieg und Sanktionen verhindert werden, dass sich der “Rest der Welt“ auf gemeinschaftliche Weise neu orientieren kann. Für genau diese Neuorientierung steht BRICS: Eine Neuorientierung durch Schaffung einer multipolaren Welt.

[Peter Hänsele](#), Jg. 1964, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und arbeitete dort anschließend als wissenschaftlicher Assistent. Er betreibt den Blog [‘Stimme aus Russland’](#). Er ist Schweizer und lebt in Moskau. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Seniors.org: **Putin beantwortet die Fragen der Journalisten aus den BRICS-Ländern**

Das diesjährige BRICS-Treffen in Kasan, das am 22.10.2024 begonnen hat, wird laut Andreas Mylaeus für den gesamten Planeten von entscheidender Bedeutung, weil die dabei vertretenen Medien insgesamt ein Publikum von mehreren Milliarden Menschen erreichen, sprich die “Globale Mehrheit“ bzw. Weltmehrheit. Auf dem Gipfel wird allein Putin, der wie Indiens Premier Narendra Modi Wert darauf legt, dass [BRICS keine anti-westliche sondern eben eine nicht-westliche Allianz](#) ist, in der man sich gegenseitig zuhört, 17 bilaterale Treffen absolvieren. Im Vorfeld hat sich der Gastgeber den Fragen der angereisten Journalisten gestellt. Bei diesem Treffen, das Mylaeus komplett übersetzt hat, hat Putin u.a. umrissen, was die BRICS ist, wie sie sich entwickelt, welche Rolle sie in der Welt spielt.

Mylaeus gibt im Vorspann seiner Übersetzung einen stichpunktartigen Überblick über die von Putin und dem Medienvertretern angesprochenen Themen, die hier nochmals verkürzt wiedergegeben seien: Kulturprojekte für internationalen Austausch; Infrastrukturprojekte; Umgehung der bisherigen Vorherrschaft des US-Dollar; Stärkung der Neuen Entwicklungsbank; Alternative zu SWIFT; Vorschlag zur Lösung der Krise im Nahen Osten; klare Aussage zur Äußerung des ukrainischen “Präsidenten“ Zelensky zu eigenen Atomwaffen; erneute Bereitschaft zur Lösung der Ukraine-Krise durch Verhandlungen.

Bei diesem Treffen mit den Medien hat sich Putin laut Mylaeus “wohltuend konzilient, versöhnlich und konstruktiv“ gegeben. Putin wörtlich: “Alle unsere sogenannten traditionellen Werte der chinesischen Kultur, der christlichen Kultur und der islamischen Kultur sind in Wirklichkeit gleich, wenn man sie liest und von einer Sprache in die andere übersetzt. Sie sind sehr ähnlich oder stimmen vollständig überein, wie Diplomaten sagen. – Die Menschen müssen dies erkennen und verstehen. Es gibt keine Feinde, nur Freunde und Gleichgesinnte.“

[Andreas Mylaeus](#) ist Mitarbeiter und Übersetzer beim Internetauftritt ‘Seniors.org’. (Red.).

[Inhalt](#) ↑

#### ● Thomas Röper: **Was die BRICS in ihrer Abschlusserklärung fordern**

Eingangs seines Artikels über den BRICS-Gipfel betont Thomas Röper, dass die BRICS inzwischen mehr Menschen repräsentieren, dass sie über mehr Bodenschätze und Lebensmittelproduktion verfügen als westliche Vereinigungen. Die Zahl der in die BRICS drängenden Staaten sei so groß, dass ein Aufnahmestopp und ein Format “BRICS Outreach“ (BRICS-Plus) beschlossen worden sei. Die 35 teilnehmenden Staaten des Gipfels fordern nach Röper im Kern, dass [eine demokratische Weltordnung mit gleichen Rechten für alle Staaten zu errichten](#) und der Multilateralismus zu stärken sei. Einseitige Handelsbeschränkungen würden abgelehnt und dass diese gegen die WTO-Regeln verstoßen. Einseitige Zwangsmaßnahmen würden auch gegen die UN-Charta verstoßen und daher verurteilt. Die Konditionen für Entwicklungshilfe dürfe die Vielfalt der internationalen Entwicklungshilfeanbieter nicht beeinträchtigen. Es werde eine Reform der Bretton-Woods-Institutionen gefordert, “die eine stärkere Vertretung der Entwicklungsländer in

Führungspositionen einschließt, um den Beitrag der Entwicklungsländer zur Weltwirtschaft widerzuspiegeln“. Es werde begrüßt, dass lokale Währungen und “schnellere, kostengünstigere, effizientere, transparentere, sicherere und umfassendere grenzüberschreitende Zahlungsinstrumente“ für Finanztransaktionen zwischen den BRICS-Staaten genutzt werden, um Handelshemmnisse zu minimieren. Es werde betont, “dass sichere, belastbare, stabile, effektive und offene Lieferketten für eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind“.

Hinsichtlich des Vorgehens Israels zeigten sich die Gipfel-Teilnehmer tief besorgt “über die Verschlechterung der Lage und die humanitäre Krise im besetzten palästinensischen Gebiet, insbesondere über die beispiellose Eskalation der Gewalt im Gazastreifen und im Westjordanland“. Sie forderten “die Errichtung eines souveränen, unabhängigen und lebensfähigen Staates Palästina in den international anerkannten Grenzen vom Juni 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt [...], der in Frieden und Sicherheit Seite an Seite mit Israel lebt“. Sie forderten die Einstellung der militärischen Handlungen im Libanon und “verurteilen Angriffe auf UN-Personal und Bedrohungen seiner Sicherheit aufs Schärfste und fordern Israel auf, derartige Aktivitäten unverzüglich einzustellen“. Sie verurteilten den israelischen Terroranschlag mit Sprengladungen in Kommunikationsgeräten.

Hinsichtlich des Ukraine-Konflikts riefen die Teilnehmer die Beteiligten dazu auf, im Einklang mit der UN-Charta zu handeln, und begrüßten “relevante Vorschläge zur Vermittlung und guten Dienste zur Kenntnis, die auf eine friedliche Lösung des Konflikts durch Dialog und Diplomatie abzielen“.

*[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

### ● Julian Assange bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats am 01.10.2024 ist Julian Assange auch auf das von ihm beobachtete Verhalten der US-Regierung gegen ihn eingegangen: “Meine Naivität bestand darin, an das Gesetz zu glauben. [Wenn es hart auf hart kommt, sind Gesetze nur ein Stück Papier](#) und können aus politischen Gründen uminterpretiert werden. Sie sind die Regeln, die die herrschende Klasse im weiteren Sinne erlässt, und wenn diese Regeln nicht zu dem passen, was sie tun will, interpretiert sie sie um oder ändert sie hoffentlich, was klarer ist. Im Fall der USA haben wir eine der verfassunggebenden Gewalten der Vereinigten Staaten verärgert – den Geheimdienstsektor, den Sicherheitsstaat, den Geheimhaltungsstaat. Diese war mächtig genug, um auf eine Neuinterpretation der US-Verfassung zu drängen. Der erste Zusatzartikel der US-Verfassung erscheint mir ziemlich schwarz-weiß. Er ist sehr kurz. Er besagt, dass der Kongress kein Gesetz erlassen darf, das die Rede- oder Pressefreiheit einschränkt. Die US-Verfassung und die damit verbundenen Präzedenzfälle wurden jedoch einfach uminterpretiert.“ Zum britischen Verhalten sagte er: “Das britische Establishment besteht aus Leuten, die lange Zeit von diesem System profitiert haben, und fast alle Richter stammen aus diesem System. Man muss ihnen nicht explizit sagen, was sie tun sollen. Sie wissen, was gut für diese Gruppe ist, und was gut für diese Gruppe ist, ist eine gute Beziehung zur Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu pflegen.“

Julian Assange wurde von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu einer geplanten Resolution zur “Verhaftung und Verurteilung von Julian Assange und ihre abschreckende Wirkung auf die Menschenrechte“ angehört. In dem zugehörigen Entwurf wird

festgestellt, dass Wikileaks und sein Gründer glaubwürdige Beweise für “Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und staatliches Fehlverhalten“ der USA sowie die Bestätigung für “die Existenz geheimer Haftanstalten, Entführungen und illegaler Gefangenentransporte durch die Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb Europas“ geliefert hätten. Insbesondere in den USA werde der Begriff des Staatsgeheimnisses dazu verwendet, “Vertreter der Exekutive vor der Strafverfolgung für Verbrechen wie Entführung und Folter zu schützen oder Opfer davon abzuhalten, auf Entschädigung zu klagen“. Der [Resolutionsentwurf fordert die USA u.a. dazu auf, das Spionagegesetz von 1917 zu reformieren](#), die Anwendung des Gesetzes auf Verleger, Journalisten und Whistleblower auszuschließen sowie die von Wikileaks aufgedeckten mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen “gründlich, unparteiisch und transparent zu untersuchen“ und die “Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen“. Großbritannien wird aufgefordert, seine Auslieferungsgesetze zu überprüfen sowie eine unabhängige Überprüfung der Behandlung von Julian Assange durch die zuständigen Behörden durchzuführen, um festzustellen, ob er Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt war. Die Behandlung von Assange erfülle eindeutig mehrere Kriterien eines “politischen Gefangenen“.

[Inhalt](#) ↑

- **Anwälte für Aufklärung e.V.: Deutliche Kritik an den U-Haftbedingungen im Göttinger Hochsicherheitsgefängnis Rosdorf**

Der Rechtsanwalt Reiner Füllmich befindet sich inzwischen seit über einem Jahr in Untersuchungshaft im Hochsicherheitsgefängnis bei Göttingen. Neben der unverhältnismäßig langen U-Haft sind die derzeitigen U-Haftbedingungen besonders erschreckend. Diese beschrieb Füllmich gegenüber einer französischsprachigen Online-Publikation und am 18.10.2024 auch vor Gericht. Die ‘Anwälte für Aufklärung’ weisen darauf hin, dass die Unterbringung von Gefangenen unter Isolationsbedingungen von Menschenrechtsorganisationen international scharf kritisiert und geächtet wird. Die gegen Füllmich verhängte Isolationshaft in Göttingen sei gemessen an den Anklagevorwürfen viel zu hart und rechtsstaatlich durch nichts zu rechtfertigen. [Es besteht auch nach Auffassung von Füllmichs Verteidigern die Gefahr, dass der Angeklagte daran zerbricht](#).

Füllmich sagt, es sei “mir strengstens untersagt, mit einem anderen Insassen zu sprechen. Seit 11 Monaten habe ich keinen Internetzugang, keinen Computer und kein Handy. Ich darf nur fernsehen. Mein einziger Kontakt zur Außenwelt ist mein Anwalt und die 3 Stunden pro Monat für Besuche oder Telefonate mit meiner Familie. Ja, insgesamt 3 Stunden pro Monat. Meine Isolation geht so weit, dass sogar mein täglicher Spaziergang im Hof allein durchgeführt werden muss. Dieser einstündige Spaziergang wird ausgesetzt, wenn ich dabei erwischt werde, wie ich mit einem anderen Insassen kommuniziere, selbst wenn es nur ein Handzeichen ist. Ja, wenn ich mit einem Mithäftling durch die Gitterstäbe eines Fensters einen Gruß austausche, selbst wenn ich nur mit dem Kopf nicke – er und ich werden sofort bestraft. Alle Disziplinarmaßnahmen werden ohne Angabe von Gründen und ohne die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen, verhängt.“ Füllmich soll eine Gesellschaft um 700'000 Euro betrogen haben. Füllmich hat die Corona-Politik von Anfang in Frage gestellt.

Um der [Forderung der ‘Anwälte für Aufklärung’ nach einer sofortigen Freilassung](#) von Reiner Füllmich öffentlichen Druck zu verleihen, kann sie online unterstützt/unterschieden werden.

*Die ‘Anwälte für Aufklärung e.V.’ haben sich “zum Zwecke der Förderung des demokratischen Staatswesens in einem Verein zusammengeschlossen. Der ausschließliche Maßstab für unser Wirken ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Würde des Menschen ist unantastbar“. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑